

# S

Skripten

Soyka

## StPO

Grundzüge des Strafverfahrensrechts  
Überblick über das OWiG

18. Auflage **2015**

Alpmann Schmidt



*Zitiervorschlag: Soyka, StPO, Rn.*

**Soyka, Martin**

StPO

– Grundzüge des Strafverfahrensrechts; Überblick über das OWiG –  
18., neu bearbeitete Auflage 2015

ISBN: 978-3-86752-414-8

Verlag Alpmann und Schmidt Juristische Lehrgänge  
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Münster

Die Vervielfältigung, insbesondere das Fotokopieren,  
ist nicht gestattet (§§ 53, 54 UrhG) und strafbar (§ 106 UrhG).  
Im Fall der Zuwiderhandlung wird Strafantrag gestellt.

Unterstützen Sie uns bei der Weiterentwicklung unserer Produkte.

Wir freuen uns über Anregungen, Wünsche, Lob oder Kritik an:

**[feedback@alpmann-schmidt.de](mailto:feedback@alpmann-schmidt.de)**.

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. Teil: Strafverfahrensrecht</b> .....	1
<b>1. Abschnitt: Allgemeiner Überblick</b> .....	1
A. Aufgabe des Strafverfahrensrechts .....	1
B. Gesetzliche Grundlagen .....	2
C. Gliederung des Strafverfahrens.....	3
■ Übersicht: Erkenntnisverfahren und Vollstreckung .....	3
<b>2. Abschnitt: Die allgemeinen Verfahrensgrundsätze</b> .....	5
A. Rechtsstaatsprinzip .....	5
B. Prozessmaximen .....	5
I. Das Officialprinzip .....	5
II. Das Akkusationsprinzip (Anklagegrundsatz) .....	6
III. Das Legalitätsprinzip .....	6
IV. Der Untersuchungsgrundsatz (Ermittlungsgrundsatz, Instruktionsprinzip).....	9
V. Der Beschleunigungsgrundsatz (Konzentrationsmaxime).....	10
VI. Der Grundsatz der Öffentlichkeit und Mündlichkeit .....	10
VII. Der Grundsatz der Unmittelbarkeit.....	11
VIII. Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung .....	11
IX. In dubio pro reo .....	11
X. Nemo tenetur se ipsum accusare .....	12
XI. Der Grundsatz des fairen Verfahrens .....	12
■ Zusammenfassende Übersicht: Prozessmaximen des Strafverfahrens .....	13
<b>3. Abschnitt: Überblick über die Verfahrensbeteiligten</b> .....	14
A. Die Polizei, §§ 163 ff. ....	14
B. Die Staatsanwaltschaft, §§ 152, 158 ff. StPO; §§ 141 ff. GVG .....	14
I. Aufgabenbereich .....	14
II. Aufbau der Staatsanwaltschaft .....	15
III. Ausschluss bzw. Ablehnung bei Besorgnis der Befangenheit .....	15
C. Der Richter .....	15
I. Aufgabenbereich .....	15
II. Ausschluss und Ablehnung von Gerichtspersonen .....	16
D. Der Beschuldigte.....	16
I. Begriff .....	16
II. Erscheinungspflicht .....	18
III. Schweigerecht des Beschuldigten .....	18
1. Mehrere selbstständige Vernehmungen .....	18
2. Eine einheitliche Vernehmung .....	19
E. Der Verteidiger, §§ 137 ff. ....	19
I. Die Stellung des Verteidigers .....	19
II. Die maßgebenden Rechte des Verteidigers .....	20
III. Der Ausschluss eines Verteidigers, §§ 138 a–d .....	21
F. Die Beweispersonen .....	21
I. Der Zeuge, §§ 48 ff. ....	21
II. Der Sachverständige, §§ 72 ff. ....	24
G. Der Verletzte .....	24

I. Definition .....	24
II. Verfahrensrechtliche Stellung .....	25
■ Zusammenfassende Übersicht: Verfahrensbeteiligte .....	26
<b>4. Abschnitt: Die Zwangsmittel im Erkenntnisverfahren .....</b>	<b>27</b>
A. Haftbefehl und Untersuchungshaft, §§ 112 ff. ....	27
I. Die Voraussetzungen des Haftbefehls, §§ 112 ff. ....	28
II. Formalien des Haftbefehls .....	31
III. Überblick über den weiteren Verlauf .....	32
IV. Rechtsschutz im Haftrecht .....	34
1. Rechtsschutz auf Betreiben des Beschuldigten .....	34
2. Rechtsschutz von Amts wegen .....	34
B. Unterbringungsbefehl und einstweilige Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder einer Entziehungsanstalt, § 126 a .....	34
■ Zusammenfassende Übersicht: Haftbefehl und Untersuchungshaft, §§ 112 ff. ....	35
C. Die vorläufige Festnahme .....	36
I. Die vorläufige Festnahme gemäß § 127 .....	36
1. Festnahmebefugnis .....	36
2. Festnahmegrund .....	37
3. Verhältnismäßigkeit .....	38
4. Rechtsfolge des § 127 .....	38
II. Die vorläufige Festnahme gemäß § 127 b Abs. 1 .....	39
1. Festnahmebefugnis .....	39
2. Auf frischer Tat betroffen oder verfolgt .....	39
3. Eine unverzügliche Entscheidung im beschleunigten Verfahren ist wahrscheinlich .....	39
4. Aufgrund bestimmter Tatsachen ist zu befürchten, dass der Festgenommene der Hauptverhandlung fernbleiben wird .....	40
III. Festhalten zur Identitätsfeststellung, §§ 163 b, 163 c .....	40
1. Identitätsfeststellung bei verdächtigen Personen, § 163 b Abs. 1 .....	40
2. Identitätsfeststellung bei unverdächtigen Personen, § 163 b Abs. 2 .....	40
■ Zusammenfassende Übersicht: Zwangsmittel .....	41
IV. Der Vorführungsbefehl.....	42
1. Der Vorführungsbefehl gegen den Beschuldigten .....	42
2. Der Vorführungsbefehl gegen Zeugen .....	42
D. Zwangsweise Beobachtung und Untersuchung von Personen, §§ 81 ff. ....	43
I. Zwangsmaßnahmen gegen den Beschuldigten .....	43
1. Unterbringung in einem öffentlichen psychiatrischen Krankenhaus, § 81 .....	43
2. Die körperliche Untersuchung des Beschuldigten, Blutprobenentnahme, § 81 a .....	43
a) Der Hauptanwendungsfall des § 81 a ist die Blutprobenentnahme .....	43
b) Brechmittelvergabe und Verabreichung von Abführmitteln .....	46
3. DNA-Analyse, molekulargenetische Untersuchung .....	46
4. Identifizierungs- und erkennungsdienstliche Maßnahmen, § 81 b .....	49
II. Zwangsmaßnahmen gegen Dritte .....	50

E. Sicherstellung von Beweismitteln und Führerscheinen .....	51
I. Sicherstellung von Gegenständen zwecks Einziehung, Verfall, §§ 111 b ff. ....	51
II. Die Sicherstellung von Gegenständen, die als Beweismittel von Bedeutung sein können, §§ 94 ff., dient der Absicherung des Strafverfahrens gegen Beweisverlust .....	52
III. Die Sicherstellung eines Führerscheins .....	54
F. Fahndungs- und Überwachungsmaßnahmen .....	56
I. Polizeiliche Beobachtung, Observation, Netzfahndung, Rasterfahndung, Datenabgleich .....	56
II. Überwachung der Telekommunikation .....	57
III. Observierungsmaßnahmen, §§ 100 c ff. ....	64
G. Die Durchsuchung, §§ 102 ff. ....	69
I. Durchsuchung von Räumen und Sachen .....	69
II. Durchsuchung der Person .....	74
■ Zusammenfassende Übersicht: Zwangsmittel .....	76
H. Rechtsschutz gegen Zwangsmaßnahmen .....	77
<b>5. Abschnitt: Das Erkenntnisverfahren erster Instanz .....</b>	<b>79</b>
A. Das Ermittlungsverfahren .....	79
I. Ingangsetzung .....	79
II. Ermittlungstätigkeit der Staatsanwaltschaft .....	80
III. Belehrungspflichten .....	81
IV. Anwesenheitsrechte, Akteneinsicht .....	82
V. Der Abschluss des Ermittlungsverfahrens .....	82
■ Beispiel einer Anklageschrift .....	88
■ Überblick: Sachliche Zuständigkeit .....	89
B. Das Zwischenverfahren, §§ 199 ff. ....	90
■ Zusammenfassende Übersicht: Ermittlungsverfahren und Zwischenverfahren .....	92
C. Das Hauptverfahren, §§ 213 ff. ....	93
I. Vorbereitung .....	93
II. Äußerer Ablauf der Hauptverhandlung, §§ 243, 244, 258, 260 .....	93
III. Beweisaufnahme .....	93
1. Strengbeweis und Freibeweis .....	94
2. Beweisantrag und Beweisermittlungsantrag .....	95
3. Verwertung des Wissens von Beweispersonen .....	97
4. Verwertung des Wissens von V-Leuten und Verdeckten Ermittlern .....	105
IV. Beweisverbote .....	110
V. Beweiswürdigung und in dubio pro reo .....	122
VI. Absprachen im Strafprozess .....	123
VII. Umfang der Entscheidung; Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes; Nachtragsanklage .....	125
VIII. Anwesenheitsgrundsatz .....	126
IX. Sitzungsprotokoll .....	127
X. Verkündung des Urteils .....	127
■ Beispiel eines Strafurteils .....	128
■ Zusammenfassende Übersicht: Hauptverfahren .....	129

<b>6. Abschnitt: Rechtsmittel</b> .....	130
A. Berufung und Revision, §§ 312 ff. ....	130
I. Allgemeine Grundsätze, §§ 296 ff. ....	130
II. Der Instanzenzug (Berufsrichter; Ehrenamtlicher Richter = Schöffe) .....	133
III. Die Berufung, §§ 312–332 .....	134
IV. Die Revision, §§ 333–358 .....	134
B. Gegen andere Entscheidungen als Urteile gibt es die Beschwerde, §§ 304–311 a .....	136
<b>7. Abschnitt: Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und die Wiederaufnahme des Verfahrens</b> .....	137
A. Die Wiedereinsetzung, §§ 44–47 .....	137
B. Die Wiederaufnahme des Verfahrens, §§ 359–373 a .....	138
I. Das Gesetz unterscheidet zwei Arten der Wiederaufnahme: .....	139
II. Überblick über den Verfahrensgang .....	139
■ Zusammenfassende Übersicht: Rechtsmittel; Rechtsbehelfe .....	141
<b>8. Abschnitt: Besondere Verfahrensarten</b> .....	142
A. Die Privatklage, §§ 374–394 .....	142
B. Die Nebenklage, §§ 395–402 .....	143
C. Das Strafbefehlsverfahren, §§ 407–412 .....	143
■ Beispiel eines Strafbefehls .....	146
D. Das beschleunigte Verfahren, §§ 417 ff. ....	148
■ Zusammenfassende Übersicht: Besondere Verfahrensarten der StPO .....	149
<b>9. Abschnitt: Die Rechtskraft</b> .....	150
A. Die formelle Rechtskraft .....	150
B. Die materielle Rechtskraft .....	151
I. Auswirkungen der materiellen Rechtskraft .....	151
II. Die Rechtskraft des Urteils (ne bis in idem) .....	151
III. Das nichtige Urteil .....	154
IV. Die Rechtskraft des Strafbefehls .....	155
■ Zusammenfassende Übersicht: Rechtskraft .....	157
<b>10. Abschnitt: Strafvollstreckung, -vollzug; Bundeszentral-, länder- übergreifendes Verfahrens-, Verkehrszentralregister</b> .....	158
<b>2. Teil: Überblick über das Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG)</b> .....	161
A. Rechtsnatur der Ordnungswidrigkeit .....	161
B. Struktur des OWiG .....	161
I. Das materielle Recht .....	161
II. Das Bußgeldverfahren, §§ 35–110 OWiG .....	162
■ Zusammenfassende Übersicht: Strafvollstreckung; Strafvollzug; OWiG .....	166
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	167

## 1. Teil: Strafverfahrensrecht

Die Bedeutung des Strafverfahrensrechts für beide juristische Examina wird von den Kandidaten oft unterschätzt. Im ersten Staatsexamen kann es natürlich den Gegenstand der Klausur-Zusatzfrage bilden. Allerdings ist es auch denkbar, dass der Fall es erfordert, über die StPO in die materiell-rechtliche Prüfung einzusteigen, z.B. wenn nicht nach der Strafbarkeit gefragt wird, sondern danach, ob Haftbefehlsantrag gestellt werden kann. Ferner kommt es häufig vor, dass im Rahmen einer materiell-rechtlichen Prüfung strafprozessuale Fragen geklärt werden müssen. Eine sachgerechte Prüfung eines Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte ohne Kenntnisse der StPO ist oft nicht möglich, insbesondere wenn über die Rechtmäßigkeit der Diensthandlung gemäß § 113 Abs. 3 S. 1 StGB entschieden werden soll. Auch enthält die StPO diverse Rechtfertigungsgründe, z.B. § 127 StPO hinsichtlich der vorläufigen Festnahme.

Dass die Bedeutung des Strafprozessrechts im zweiten Staatsexamen noch ansteigt, liegt auf der Hand. Ohne profunde Kenntnis über den Regelungsgehalt der StPO ist die Bewältigung einer staatsanwaltschaftlichen Abschlussklausur kaum möglich. Ein Urteil in Strafsachen setzt selbstverständlich voraus, dass sich der Verfasser in diesem Rechtsgebiet nicht nur materiell-rechtlich auskennt, und eine Revisionsklausur ohne Strafverfahrensrecht ist geradezu undenkbar. Hinzu kommen die Fragen, die sich bei der Aktenbearbeitung in der Referendarstation stellen können.

### 1. Abschnitt: Allgemeiner Überblick

Das Strafverfahrensrecht ist fester Bestandteil von Strafrechtsklausuren sowie der mündlichen Prüfung. Dieses Skript enthält daher eine systematische Darstellung mit zahlreichen Beispielen, die examenstypisch sind. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt – entsprechend den Hauptthemen im Examen – bei den Zwangsmitteln (4. Abschnitt) und dem Erkenntnisverfahren 1. Instanz (5. Abschnitt)

### A. Aufgabe des Strafverfahrensrechts

Mit der Tat entsteht der **staatliche Strafanspruch** gegen den Täter. Das materielle Strafrecht (StGB und Nebenstrafgesetze) bestimmt die Voraussetzungen für das Entstehen des Strafanspruchs. Wie eine Straftat verfolgt wird, d.h. welche Maßnahmen zur Erforschung und Urteilsfindung zulässig sind, ist dagegen im Strafverfahrensrecht geregelt. Zu beachten ist, dass das Strafverfahrensrecht nur ein repressives Vorgehen (Erforschung und Ahndung von Straftaten) regelt. Hingegen ist ein präventives Vorgehen (zur Gefahrenabwehr) in den Polizeigesetzen der Bundesländer normiert.

1

## B. Gesetzliche Grundlagen

2

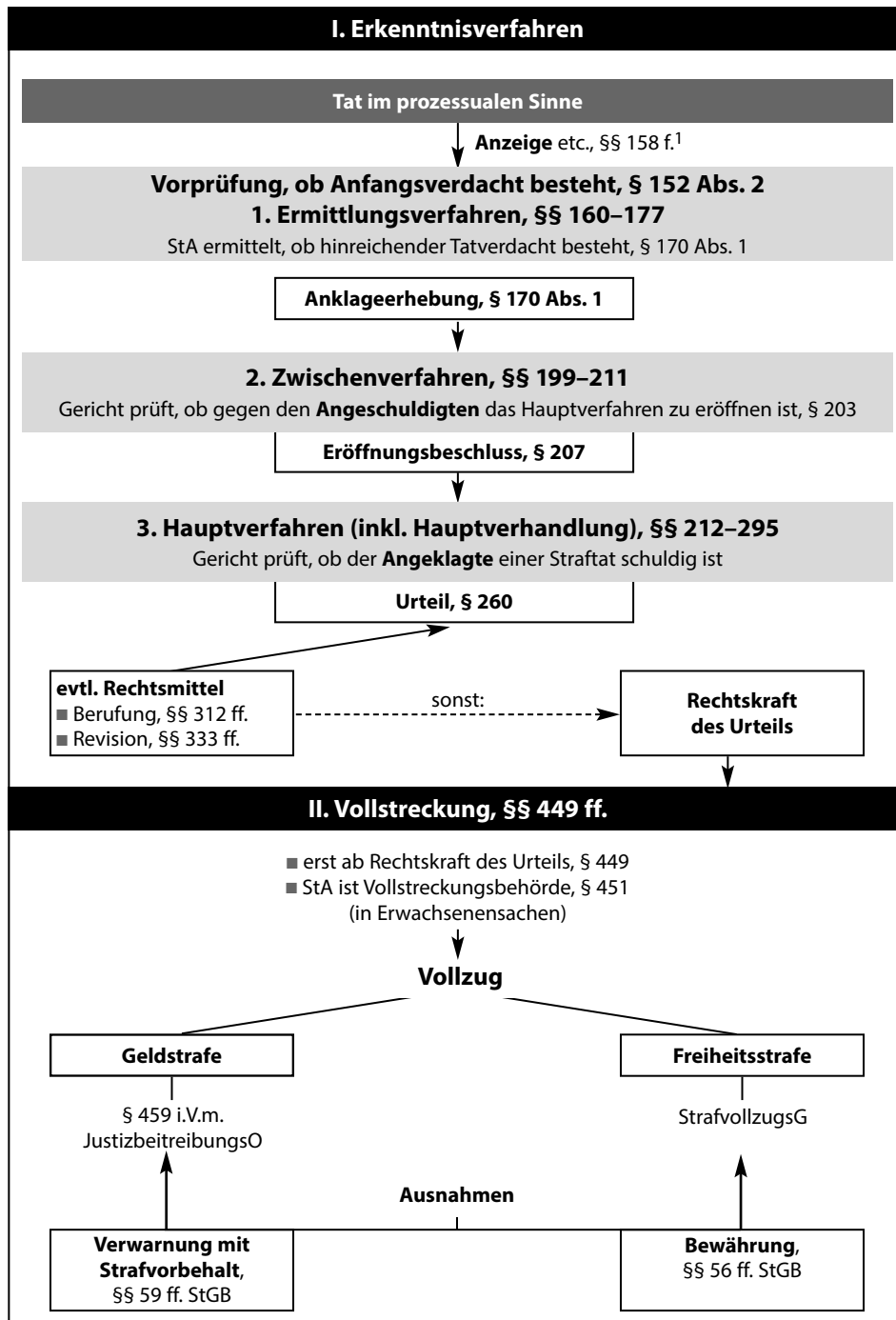
<b>GVG</b>	Es regelt Aufbau und Zusammensetzung der Gerichte; ihre sachliche und funktionelle Zuständigkeit; die Berufung der Laienrichter (Schöffen); Beratung und Abstimmung bei der Urteilsfindung; die Organisation der StA. Es enthält die Rahmenvorschriften für die Ermittlungspersonen der StA.
<b>StPO</b>	Sie enthält das eigentliche Verfahrensrecht, regelt also, wie das Verfahren abläuft.
<b>JGG</b>	Es regelt sowohl den Aufbau der Jugendgerichte als auch die Besonderheiten des Verfahrens gegen Jugendliche und Heranwachsende.
<b>GG</b>	Das Grundgesetz enthält den Grundsatz vom gesetzlichen Richter (Art. 101), den Anspruch auf rechtliches Gehör und den Grundsatz „ne bis in idem“ (Art. 103) sowie Rechtsgarantien bei Freiheitsentziehungen (Art. 104).
<b>StGB</b>	Auch im StGB sind einige strafprozessuale Vorschriften enthalten. Sie betreffen Verfolgungsvoraussetzungen, z.B. §§ 77 ff. über Strafantrag, § 194 Abs. 4 über Ermächtigung, § 104 a über Strafverlangen. Zum anderen betreffen sie Verfolgungshindernisse, nämlich §§ 78 ff. über Verjährung.
<b>ZPO</b>	Die Zustellungsvorschriften der ZPO (§§ 166 ff.) gelten über § 37 StPO auch für das Strafverfahren.
<b>MRK</b>	Die Menschenrechtskonvention von Rom enthält grundlegende strafprozessuale Garantien, z.B. hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens und der Unschuldsvermutung (Art. 6).
<b>IRG</b>	Gesetz über die Internationale Rechtshilfe

Allgemeine Anweisungen enthalten die Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren (**RiStBV**; abgedruckt im Schönfelder Ergänzungsband unter Nr. 90 e). Es handelt sich aber nur um eine interne Verwaltungsanordnung für das Vorgehen der StA und richtet sich zum Teil auch an Richter. Ebenso enthält die MiStra Anordnungen über Mitteilungen in Strafsachen z.B. an Dienstvorgesetzte von Beamten, Beschäftigte im öffentlichen Dienst, ferner in Verfahren gegen Richter, Soldaten, Zivildienstleistende, Geistliche, Notare, Ärzte, in Jugendsachen an die Jugendgerichtshilfe, an das Ausländeramt bei Strafverfahren gegen Ausländer usw.



## C. Gliederung des Strafverfahrens

3



<sup>1</sup> §§ ohne Gesetzesangabe sind solche der StPO.

- 4 Das Strafverfahren besteht aus zwei großen Verfahrensabschnitten: das **Erkenntnisverfahren** und das **Vollstreckungsverfahren**.

**Ausgangspunkt** des Strafverfahrens **ist die Tat im prozessualen Sinne**. Der prozessuale Tatbegriff i.S.v. §§ 155, 264 ist weiter als der materiell-rechtliche Tatbegriff i.S.v. §§ 52, 53 StGB. Gemeint ist der gesamte Sachverhalt, der nach der Lebensauffassung bei natürlicher Betrachtungsweise zusammengehört (genauer dazu später).

I. Das **Erkenntnisverfahren** besteht aus drei Abschnitten: das Ermittlungsverfahren, das Zwischenverfahren und das Hauptverfahren.

1. Das **Ermittlungsverfahren** dient der Ermittlung, ob der Beschuldigte der Tat hinreichend verdächtig ist (vgl. § 170).

a) In Gang kommt das Ermittlungsverfahren dadurch, dass die StA oder die Polizei von dem Verdacht einer Straftat – z.B. durch Anzeige, Strafantrag (§ 158) – Kenntnis erlangt und daher die Ermittlungen aufnimmt, § 160 Abs. 1. Dies setzt zunächst lediglich einen **Anfangsverdacht** voraus, also zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für verfolgbare Straftaten und nicht bloße Vermutungen, vgl. § 152 Abs. 2. In der Praxis wird meistens die erste Ermittlungstätigkeit von der Polizei vorgenommen, die dann die StA in Kenntnis setzt, vgl. § 163.

„Herrin des Ermittlungsverfahrens“ ist die StA.

#### **b) Verdachtsgrad für die Anklageerhebung:**

Eine Anklageerhebung setzt nach § 170 Abs. 1 einen „genügenden Anlass“ voraus. Dieser unbestimmte Rechtsbegriff wird als „**hinreichender Tatverdacht**“ definiert. Dies ergibt sich aus folgender Herleitung (und daher beliebtes Prüfungsthema): Eine Anklageerhebung ergibt nur Sinn, wenn diese im nachfolgenden Zwischenverfahren vom Gericht zugelassen wird, §§ 199 ff. Also müssen bereits jetzt die Voraussetzungen für einen Eröffnungsbeschluss vorliegen. Dieser erfordert gemäß § 203 einen „hinreichenden Tatverdacht“. Dieser besteht bei vorläufiger Bewertung in der überwiegenden Wahrscheinlichkeit einer späteren Verurteilung<sup>2</sup>.

Erhebt die StA die Anklage, so geschieht dies grundsätzlich nach § 170 Abs. 1 durch Einreichung einer Anklageschrift bei dem zuständigen Gericht. Mit Anklageerhebung wird der „Beschuldigte“ zum „Angeschuldigten“, § 157.

Neben der Anklageerhebung gibt es noch weitere Möglichkeiten, ein Verfahren gerichtshängig zu machen, z.B. durch die Beantragung eines Strafbefehls oder der Entscheidung im beschleunigten Verfahren. Der Verletzte kann sich einer Anklage auch als Nebenkläger anschließen oder in gewissen Fällen selbst Anklage erheben (s. hierzu mehr im 8. Abschnitt).

- 5 2. Im **Zwischenverfahren**, §§ 199 ff., prüft das Gericht, ob das Hauptverfahren zu eröffnen und mit welchem Inhalt die Anklage zuzulassen ist. Die Zulassung der Anklage erfolgt durch den Eröffnungsbeschluss, § 207, falls hinreichender Tatverdacht besteht, § 203.

<sup>2</sup> Meyer-Goßner/Schmitt § 203 Rn. 2 m.w.N.

**3.** Mit dem Eröffnungsbeschluss wird in das **Hauptverfahren** übergeleitet. Der „Angeklagte“ wird damit zum „Angeklagten“, § 157. **6**

Das Hauptverfahren besteht aus zwei Abschnitten: der Vorbereitung der Hauptverhandlung (§§ 213 ff., z.B. Terminbestimmung, Ladung etc.) und der Hauptverhandlung selbst (§§ 226 ff.). Die Hauptverhandlung schließt mit der Verkündung des Urteils und dessen Begründung, § 260. Damit endet die Instanz.

Wird gegen das Urteil ein Rechtsmittel eingelegt, so schließt sich nunmehr das Rechtsmittelverfahren (Berufung, Revision, §§ 312 ff.) an. Auch das Rechtsmittelverfahren ist noch Teil des Hauptverfahrens, das erst mit dem rechtskräftigen Urteil endet (sofern das Verfahren nicht zuvor eingestellt wird).

**II.** Ist das Urteil rechtskräftig, schließt sich ggf. das **Vollstreckungsverfahren** an, **§§ 449 ff.** Eine Zwangsvollstreckung setzt also stets die Rechtskraft des Urteils voraus, § 449 (anders im Zivilprozess, wo in der Regel bereits erstinstanzliche Entscheidungen vorläufig vollstreckbar sind, vgl. §§ 704, 708 ff. ZPO). **7**

## 2. Abschnitt: Die allgemeinen Verfahrensgrundsätze

### A. Rechtsstaatsprinzip

Das Rechtsstaatsprinzip bedeutet, dass das Verfahren nach **festen Grundregeln** gestaltet sein muss, vor einem **gesetzlich feststehenden** (Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG) und **unabhängigen** (Art. 97 Abs. 1 GG) Richter stattfindet und dass in diesem Verfahren die **verfassungsmäßigen Grundrechte**, insbesondere Art. 1, 103 GG, gewährleistet sind. **8**

### B. Prozessmaximen

Für das **Strafverfahren** gelten weitere **Grundsätze**, die die Struktur des Verfahrens prägen und daher bei Missachtung zu einem Verwertungsverbot führen können. Sie sind häufig Gegenstand von Zusatzfragen in Klausuren und werden gern mündlich geprüft, da es hier um Grundlegendes geht. **9**

#### I. Das Offizialprinzip

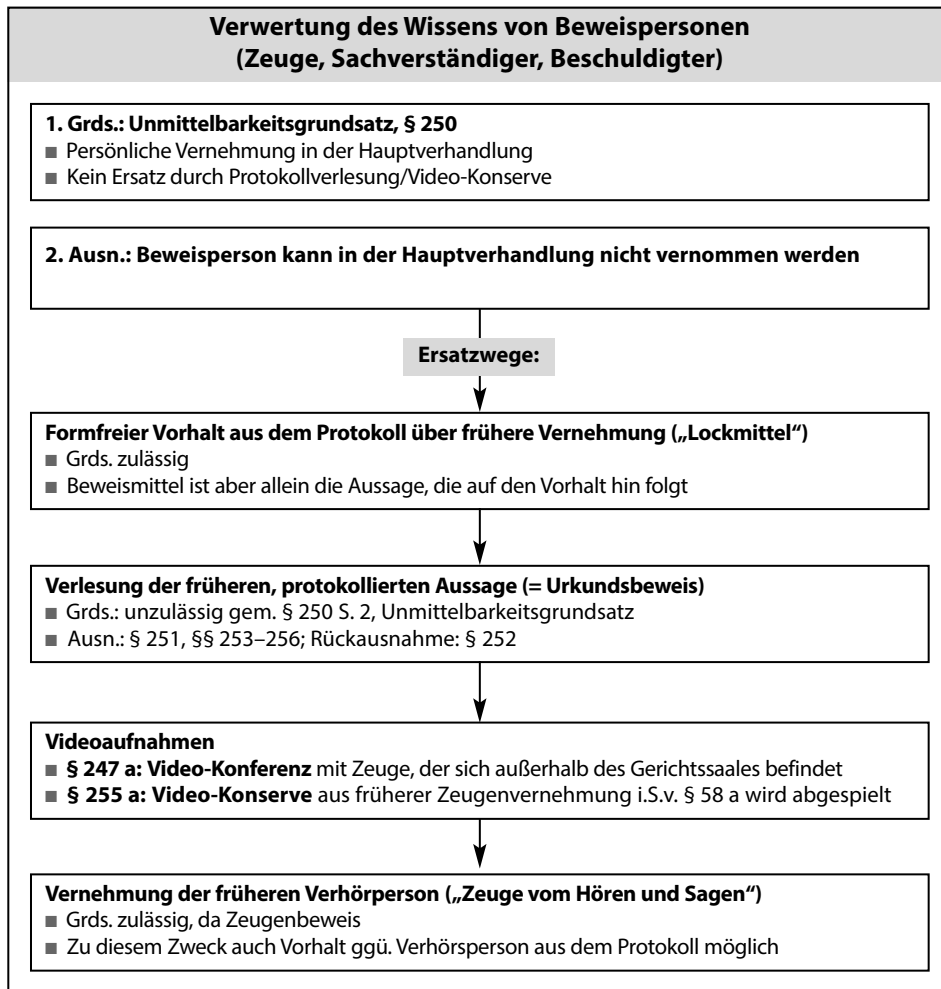
**1.** Nach dem **Offizialprinzip** steht der mit der Straftat entstehende materielle **Strafanspruch** allein dem Staate zu und **wird** ohne Rücksicht auf den Willen des Verletzten von Amts wegen (**ex officio**) **durchgesetzt**. **10**

**2.** Von diesem Offizialprinzip gibt es Ausnahmen:

- **Antragsdelikte**, bei denen der Strafantrag des Verletzten oder sonst Antragsberechtigten Strafverfolgungsvoraussetzung ist, vgl. §§ 77 ff. StGB. Dadurch wird auf den Willen des Verletzten Rücksicht genommen.
- **Absolute Antragsdelikte** werden nur auf Antrag verfolgt, z.B. §§ 123 Abs. 2, 194, 247 StGB.

### 3. Verwertung des Wissens von Beweispersonen

181



a) Aus dem **Unmittelbarkeitsgrundsatz, § 250 S. 1**, folgt der Vorrang des Personalbeweises vor dem Urkundsbeweis. D.h., die **Vernehmung einer Beweisperson** (Zeuge, Sachverständiger) **darf grundsätzlich nicht durch die bloße Verlesung von Protokollen** über eine frühere Vernehmung ersetzt werden, § 250 S. 2. Denn im Interesse einer möglichst zuverlässigen Beweisgewinnung ist die originäre Vernehmung in der Hauptverhandlung durch das Gericht entscheidend.

182

b) Kann die Auskunftsperson nicht unmittelbar in der Hauptverhandlung vernommen werden (aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen), so können u.U. **Ersatzwege** gewählt werden.

aa) Der **formfreie Vorhalt** an die Auskunftsperson aus früheren protokollierten Aussagen ist ein **„Lockmittel“**, um die Beweisperson zu einer Aussage zu bringen, siehe § 253. Vorhalte aus früheren Vernehmungsprotokollen können auch in der Weise erfolgen, dass ganze Passagen verlesen werden. Da es sich nicht um einen Urkundsbeweis

183

## Rechtsmittel

### Berufung, §§ 312 ff., und Revision, §§ 333 ff.,

zur Anfechtung von Urteilen. Die Rechtsmittel haben Devolutiv- und Suspensiveffekt.

- **Innerhalb einer Woche einzulegen beim „iudex a quo“, Anfechtungsberechtigte sind:** der Beschuldigte (daneben gesetzl. Vertreter), StA, Privatkläger, Nebenkläger, §§ 296 ff., 390, 401
- Zulässigkeitsvoraussetzung für eine Anfechtung ist eine **Beschwer**. StA ist durch jede unrichtige Entscheidung beschwert, der Beschuldigte nur durch Verurteilung (nach h.M. Urteilstenor maßgeblich, nicht Gründe).
- Eine **Teilanfechtung** ist möglich hinsichtlich getrennt beurteilbarer Beschwerdepunkte.
- Verbot der „**reformatio in peius**“ bei Anfechtung durch Angekl. oder StA zugunsten des Angeklagten, §§ 331, 358
- Verzicht und Rücknahme möglich  
Verzicht bei vorangegangener Verständigung unwirksam, § 302 Abs. 1 S. 2

### Berufung

- **nur möglich gegen Urteile des AG, § 312**
  - Bei Kleinkriminalität: Annahmoberufung, § 313
- **schafft neue Tatsacheninstanz**

### Revision

**gegen erstinstanzliche Urteile des LG und OLG bei BGH;**

gegen Berufungsurteile des LG bei OLG. Gegen Urteile des Strafrichters und SchöffenG Sprungrevision bei OLG möglich, § 335

- **Revisionsbegründung binnen eines Monats, § 345**
- **Revisionsinstanz überprüft nur richtige Rechtsanwendung**
  - **Verfahrensrüge:**
    - **Absolute Revisionsgründe, § 338:** Kausalität wird vermutet
    - **Relative Revisionsgründe, § 337:** Kausalität erforderlich
  - **Sachrüge:** volle Überprüfung des materiellen Rechts (StGB)

### Beschwerde, §§ 304 ff.,

gegen Gerichtsbeschlüsse oder richterl. Verfügungen, es sei denn, durch Gesetz ausgeschlossen. Sie hat nur Devolutiveffekt, grds. keinen Suspensiveffekt. Einzulegen beim „iudex a quo“, der grds. abhelfen kann.

## Rechtsbehelfe

### Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

§§ 44 ff. bei nicht schuldhafter Fristversäumung  
Rechtsanwaltsverschulden wird nicht zugerechnet

### Wiederaufnahme

**eines rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens, §§ 359 ff.,** ist nur aus bestimmten Gründen zulässig. Zugunsten des Verurteilten → Katalog § 359; zuungunsten des Verurteilten → Katalog § 362

**Wiederaufnahmeverfahren ist dreiteilig:**

- **Zulässigkeitsprüfung**  
Wenn zulässig → Zulassungsbeschluss (sonst Verwerfungsbeschluss)
- **Nach Zulassungsbeschluss → Prüfung der Begründetheit;** wenn Wiederaufnahmegrund bewiesen → Beschluss zur Wiederaufnahme und Erneuerung der Hauptverhandlung (sonst Verwerfungsbeschluss)
- **Neue Hauptverhandlung**

## STICHWORTVERZEICHNIS

Die Zahlen verweisen auf die Randnummern.

Abhören innerhalb von Wohnungen .....	126	Ausschluss und Ablehnung von	
Ablauf der Hauptverhandlung .....	177	Gerichtspersonen .....	34
Ablehnung der Eröffnung .....	175	Ausschreibung zur Fahndung .....	296
Abschirmung .....	207	Aussetzung .....	258, 296
Abschluss des Ermittlungsverfahrens .....	161	Außerordentlicher Rechtsbehelf .....	261, 278
Abschlussvermerk .....	171	<b>Beamte</b> .....	47
Absolute Antragsdelikte .....	10	Befangenheit .....	32, 34, 49, 229
Absolute Rechtskraft .....	283	Belehrungsfehler bei der Vernehmung .....	214 ff.
Absolute Revisionsgründe .....	256	Belehrungspflichten .....	159
Absolutes Beweiserhebungsverbot .....	128	Berufsgeheimnisträger .....	47, 108
Abreden im Strafprozess .....	229 ff.	Berufshelfer .....	47
Abstrakte Haftgründe .....	59	Berufung .....	241 ff., 251 ff.
Abwägungslehre .....	209, 220	Berufungsinstanz .....	253
Adhäsionsverfahren .....	52	Beschlagnahme .....	105 ff.
agent provocateur .....	225	Beschlagnahme von Postsendungen .....	110
Akkusationsprinzip .....	11, 235	Beschlagnahmeverbot .....	108, 140
Akteneinsicht .....	300	Beschleunigtes Verfahren .....	19, 280 f.
Akteneinsichtsrecht des		Beschleunigungsgrundsatz .....	19
Verteidigers .....	44, 64, 160	Beschuldigtenvernehmung .....	159
Allgemeine Verfahrensgrundsätze .....	8 ff.	Beschuldigter .....	35 ff.
Amtaufklärung .....	229	Beschwerde .....	150, 258 f., 316
Anfangsverdacht .....	4	Besonderes öffentliches Interesse .....	155
Anfechtungsberechtigte .....	245	Besorgnis der Befangenheit .....	32, 34
Angehörige .....	47, 196	Beweisantrag .....	179
Angeschuldigter .....	35, 175	Beweisaufnahme .....	178
Anklageerhebung .....	4, 170 f.	Beweisermittlungsantrag .....	180
(An-)Klageerzwingungsverfahren .....	12 ff., 52	Beweismittel .....	103, 179 f.
Anklagegrundsatz .....	11	Beweispersonen .....	47 ff.
Anklagemonopol .....	11	Beweisthema .....	179
Anklageschrift .....	172	Beweisverwertungsverbot .....	209
Annahmberufung .....	252	Bildaufnahmen .....	133
Annexkompetenz .....	89, 132	Bindung der StA an höchstrichterliche	
Anschlussstaten .....	288	Rechtsprechung .....	17
Antrag auf Erlass des Strafbefehls .....	273	Blutprobenentnahme .....	85
Antrag auf gerichtliche Entscheidung .....	15	Brechmittelvergabe .....	93
Antrag auf Haftprüfung .....	68	Bundeszentralregister .....	259
Antragsdelikte .....	10, 154 f., 266	Bußgeldandrohung .....	306
Anwesenheitsgrundsatz .....	236	Bußgeldbescheid .....	308, 312
Anwesenheitsrecht .....	160	Bußgeldkatalog .....	307
Atemlufttest .....	88	Bußgeldverfahren .....	308
Auf frischer Tat betroffen oder verfolgt .....	72	<b>Dateiregelungen</b> .....	300
Aufbau der Staatsanwaltschaft .....	31	Datenabgleich .....	114
Aufhebung der Beschlagnahme .....	107	Deal	
Aufklärungspflicht .....	179	prozessualer .....	230
Aufklärungsrüge .....	180	Devolutiveffekt .....	243, 259
Aufruf der Sache .....	177	Dienstliche Kenntniserlangung .....	16
Augenschein .....	178	DNA-Analyse .....	94 ff.
Auskunft aus dem Zentralregister .....	299	Dringender Tatverdacht .....	57, 136
Auskunftsverweigerungsrecht .....	47, 196, 219 f.	Drohung .....	159, 169, 210
Aussagegenehmigung .....	47	Durchsetzung einer Vorladung .....	81
Ausschluss der Öffentlichkeit .....	20		
Ausschluss eines Verteidigers .....	46		

Durchsuchung .....	135 ff.	Führungszeugnis .....	299
Durchsuchung		Funktionaler Vernehmungsbegriff .....	221
beim Verdächtigen .....	136	Fußfessel, elektronische .....	67
der Person .....	147	<b>Gefahr im Verzug</b> .....	76, 86, 138
Unverdächtiger .....	136, 147	Gegenüberstellung .....	99
Durchsicht von Papieren .....	141	Gerichtliches Verfahren .....	313
<b>Ehrenamtliche Richter</b> .....	33	GPS-Ortung .....	134
Eilkompetenz für Ermittlungspersonen .....	29	Große Strafkammer .....	174, 250
Eingeschränkter Strafklageverbrauch .....	165	Grundsatz der freien Beweiswürdigung ...	24, 227
Eingeschränktes Verwertungsverbot .....	195	Grundsatz der Mündlichkeit .....	20, 229
Einsatz von Video-Technologie .....	184	Grundsatz der Öffentlichkeit .....	20, 229
Einspruch .....	272, 276, 308, 313	Grundsatz der Unmittelbarkeit .....	23, 182, 229
Einstellung .....	161 ff.	Grundsatz des fairen Verfahrens .....	27
Einstellung ohne Auflagen .....	163	Grundsatz vom gesetzlichen Richter .....	2
Einstellung unter Auflagenerteilung .....	164	Gutachten über den BAK-Wert .....	189
Einstweilige Unterbringung .....	70	<b>Haftbefehl</b> .....	54, 68, 81, 157, 237, 296
Einziehung .....	104	(Haft-)Beschwerde .....	68
Elektronische Fußfessel .....	67	Haftgründe .....	58 ff.
Entschädigungsinteresse .....	151	Haftrichter .....	54
Entziehung der Fahrerlaubnis .....	112, 301	Haftverschonung .....	66
Ergänzungsanklage .....	290	Handlungseinheit .....	233, 287
Erkenntnisverfahren .....	4, 154 ff.	Handlungsmehrheit .....	287
Erkennungsdienstliche Maßnahmen .....	80, 99	Hauptverfahren .....	6, 177 ff.
Erledigungsfälle .....	151	Hauptverhandlungshaft .....	55, 61
Ermächtigung .....	10	Heimlichkeit polizeilichen Vorgehens .....	223
Ermittlungsgrundsatz .....	18	Herrin des Ermittlungsverfahrens .....	4, 30
Ermittlungsperson der StA .....	112	Hinreichender Tatverdacht .....	4, 161, 170
Ermittlungspersonen .....	29	Historischer Vorgang .....	234
Ermittlungsrichter .....	33, 150, 157	Hypnose .....	210
Ermittlungsverfahren .....	154 ff.	<b>Idealkonkurrenz</b> .....	233, 287
Ermüdung .....	159	Identitätsfeststellung .....	80
Eröffnung der Urteilsgründe .....	239	IMSI-Catcher .....	119
Eröffnung des Hauptverfahrens .....	176	in dubio pro reo .....	25, 170, 208, 227
Eröffnungsbeschluss .....	5, 176	Innere Verknüpfung .....	287
Ersatzweg .....	185	Instanzenzug .....	250
Erscheinungspflicht .....	38, 47, 81	Instruktionsprinzip .....	18
Erster Zugriff .....	156	<b>Jugendstrafverfahren</b> .....	20
Erweiterte Rechtskreistheorie .....	210, 217 f.	<b>Klageerzwingungsverfahren</b> .....	12, 52
Erzwingung der Herausgabe .....	106	Kleine Strafkammer .....	252
<b>Fahrerlaubnis</b> .....	111 f.	Kommisarisische Vernehmung .....	205
Fahrverbot .....	301	Konkrete Haftgründe .....	58
Fernwirkung .....	226	Konkrete Wiederholungsgefahr .....	151
Festhalten zur Identitätsfeststellung .....	80	Kontaktsperregesetz .....	44
Festnahmebefugnis .....	79	Konzentrationsmaxime .....	19
Feststellungsinteresse .....	151	Körperliche Untersuchung .....	85
Flucht .....	55, 58	Körperliche Untersuchung gegen Dritte .....	102
Fluchtgefahr .....	58	Körperlicher Eingriff .....	210
Formelle Rechtskraft .....	282	<b>Länderübergreifende Verfahrensregister</b>	
Formeller Mitbeschuldigdenbegriff .....	36	der StA .....	300
Formfreier Vorhalt .....	183, 193	Legalitätsprinzip .....	12, 31, 163, 165
Fortsetzungsgefahr .....	55, 60		
Freibeweis .....	178		
fruit-of-the-poisonous-tree-doctrine .....	226		
Führerschein .....	103		

- Letztes Wort ..... 177  
 Lockmittel ..... 183  
 Lockspitzel ..... 198, 202  
 Lokalisierung eines Mobiltelefons ..... 119  
 Lügendetektor ..... 101  
**Materielle Rechtskraft** ..... 285  
 Materieller Mitbeschuldigterbegriff ..... 37  
 Menschenrechtskonvention ..... 2  
 Misshandlung ..... 159, 210  
 Mitbeschuldigter ..... 36  
 Mithören ..... 224  
 Mitwirkung beim Urteil ..... 34  
 Moderne Kommunikationstechnologien ..... 116  
 Molekulargenetische Untersuchung ..... 94  
  
**Nachrichtensmittler** ..... 116  
 Nachrichtenübermittlungen ..... 117  
 Nachtragsanklage ..... 233, 235  
 Nachtzeit ..... 140  
 Nahe Angehörige ..... 47  
 ne bis in idem ..... 2, 286  
 Nebenklage ..... 270  
 Nebenkläger ..... 51  
 Negative Beweisvermutung ..... 238  
 nemo tenetur se ipsum  
   accusare ..... 26, 39, 130, 200, 225  
 Nicht überwindbares Vernehmungs-  
   hindernis ..... 187  
 Nichtiges Urteil ..... 292  
 Notstaatsanwalt ..... 158  
  
**Observierung** ..... 114 f.  
 Observierungsmaßnahmen ..... 125 ff.  
 Observierungsmittel ..... 133  
 Offenkundigkeit ..... 179  
 Öffentlich Bedienstete ..... 47  
 Öffentliches Interesse ..... 161, 166, 266  
 Öffentlichkeit ..... 20  
 Öffentlich-rechtliches Verwahrungs-  
   verhältnis ..... 107  
 Offizialprinzip ..... 10  
 Opferschutzmöglichkeiten ..... 53  
 Opportunitätsprinzip ..... 12, 162, 229  
 Ordnungswidrigkeit ..... 303 ff.  
 Örtliche Zuständigkeit ..... 173  
  
**Partielles Schweigen** ..... 39  
 Pflichtverteidiger ..... 43  
 Plädoyer ..... 177  
 Polizei ..... 29  
 Polizeiliche Beobachtung ..... 114  
 Polizeiliches Vernehmungsprotokoll ..... 187  
 Polygraph ..... 101  
 Positive Beweisvermutung ..... 238  
 Preisgabe der Identität ..... 203  
  
 Presse ..... 108  
 Private Kenntniserlangung ..... 16  
 Privatklage ..... 266  
 Privatklagedelikte ..... 10, 162, 166, 266  
 Privatklageweg ..... 162, 166  
 Privatpersonen ..... 202, 207, 221, 235  
 Protokollverlesung ..... 184, 190, 208  
 Prozessmaximen ..... 9 ff.  
 Prozessuale  
   Tat ..... 41, 167, 172, 196, 233, 235, 289  
 Prozessurteil ..... 233, 290  
 Punktesystem ..... 302  
  
**Quälerei** ..... 210  
  
**Realkonkurrenz** ..... 233, 287  
 Recht auf Akteneinsicht ..... 44, 160, 171, 300  
 Rechtlicher Hinweis ..... 234  
 Rechtliches Gehör ..... 2, 8  
 Rechtsbeschwerde ..... 298, 308, 316  
 Rechtskraft ..... 161, 239, 243, 282 ff.  
 Rechtskraft beim Einstellungsurteil ..... 291  
 Rechtskraft des Bußgeldbescheides ..... 308  
 Rechtskraft des Strafbefehls ..... 293 f.  
 Rechtskraftwirkung ..... 161, 317  
 Rechtskreistheorie ..... 209, 215, 220  
 Rechtsmittel ..... 241 ff., 282  
 Rechtsmittelrücknahme ..... 282  
 Rechtsmittelverzicht ..... 229, 249, 282  
 Rechtsschutz gegen Zwangs-  
   maßnahmen ..... 149 ff.  
 Rechtsschutz im Haftrecht ..... 68 ff.  
 Rechtsstaatsprinzip ..... 8, 27, 212  
 Rechtswidrige Beweis-  
   gewinnung ..... 209, 219 f., 221, 225, 318  
 Rehabilitationsinteresse ..... 151  
 Relative Antragsdelikte ..... 10  
 Relative Rechtskraft ..... 283  
 Relative Revisionsgründe ..... 255 f.  
 Revision ..... 241 ff., 254 ff.  
 Revisionsgründe ..... 256  
 Revisionsinstanz ..... 253  
 Richter ..... 8, 33  
 Richterliches Vernehmungsprotokoll ..... 187  
  
**Sachentscheidungen** ..... 178  
 Sachliche Zuständigkeit ..... 2, 174, 250  
 Sachrüge ..... 255, 257  
 Sachurteil ..... 233  
 Sachverständige ..... 49, 178  
 Schlussvermerk ..... 160  
 Schlussvorträge ..... 177  
 Schöffen ..... 2, 33, 174  
 Schöffengericht ..... 33, 174  
 Schuldfrage ..... 178, 228  
 Schusswaffengebrauch ..... 78



Schutzmaßnahmen bei der kommissarischen Vernehmung .....	205	Umfassendes Schweigerecht .....	196
Schweigerecht des Beschuldigten .....	39	Umgehung von Belehrungspflichten .....	221
Schwere der Schuld .....	162	Unanfechtbarkeit .....	282
Schwerstkriminalität .....	116, 221	Unbeschränkte Akteneinsicht .....	171
Sicherstellung von Beweismitteln .....	103	Unerreichbarkeit des Beweismittels .....	179
Sicherstellung von Führerscheinen .....	111 ff.	Ungeeignete Beweismittel .....	179
Sicherstellung von verschluckten Kokainbömbchen .....	93	Unmittelbarkeit .....	23
Sitzungsprotokoll .....	188, 227, 238	Unmittelbarkeitsgrundsatz .....	182, 188, 190, 196, 236
Sofortige Beschwerde .....	259	Unterbrechung der Hauptverhandlung .....	236
Sperrerklärung .....	204	Unterbringung in einem öffentlichen psychiatrischen Krankenhaus .....	84
Sprungrevision .....	250	Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus .....	70
Spurengrundsatz .....	102	Unterbringung in einer Entziehungsanstalt .....	70
Staatlicher Strafanspruch .....	1, 30, 259	Unterbringungsbefehl .....	70, 76
Staatsanwaltschaft .....	30, 155, 295	Untersuchung von Personen .....	83
Staatsanwaltschaftliches Vernehmungsprotokoll .....	187	Untersuchungsgrundsatz .....	18
Strafaufschub .....	296	Untersuchungshaft .....	54
Strafbefehl .....	19, 220, 271, 293	Unzulässigkeit der Beweiserhebung .....	179
Strafrage .....	178	Urkunden .....	22, 105, 178
Strafgewalt .....	174	Urkundsbeweis .....	183, 188
Strafkammer als Schwurgericht .....	174, 250	Urteil .....	239 f., 272
Strafklageverbrauch .....	165, 285	Urteilsformel .....	177, 239, 295
Strafrichter .....	174, 250	Urteilsgründe .....	20, 177, 240
Strafsenat .....	15, 174, 250	Urteilsverkündung .....	20, 177
Strafverfahrensrecht .....	1	Urteilsverlesung .....	240
Strafverlangen .....	2, 10	Verabreichung von Abführmitteln .....	93
Strafvollstreckung .....	284, 295	Verabreichung von Brechmitteln .....	93
Strafvollzug .....	295	Verabreichung von Mitteln .....	210
Strengbeweis .....	178	Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes .....	234
Sühneversuch .....	268	Verbot der reformatio in peius .....	249, 254, 278, 314
Suspensiveffekt .....	243, 258	Verbotene Vernehmungsmethoden .....	159, 210
Tagebuchaufzeichnungen .....	108, 212	Verdacht einer Straftat .....	4, 16
Tat im prozessualen Sinne .....	4, 167, 233	Verdachtsgrad für Anklageerhebung .....	4
Täter-Opfer-Ausgleich .....	53, 159	Verdeckter Ermittler .....	198, 202
Tatprovokation .....	198	Verdunkelungsgefahr .....	55, 58
Tatsächliche Vernehmungshindernisse .....	196	Verfahrensbeteiligte .....	18, 28, 179, 270
Täuschung .....	159, 210, 215, 225	Verfahrensfragen .....	178
Teilanfechtung .....	248	Verfahrenshindernis .....	155, 233, 253, 286
Teilrechtskraft .....	248, 284	Verfahrensrüge .....	255
Telefonüberwachung		Verfahrenszentralregister .....	298
Beweisverwertungsverbot .....	122	Verfall .....	103
Verwertbarkeit der Erkenntnisse .....	121	Verhaftung .....	64
Tief greifende Grundrechtseingriffe .....	151	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .....	8, 55, 62, 80, 87, 124, 136, 215
Tilgungsfristen .....	298	Verkehr mit dem Verteidiger .....	65
Ton-, Rundfunk- und Filmaufnahmen .....	21	Verkehrssünderkartei .....	300
Totalschweigen .....	39	Verkehrszentralregister .....	284, 295, 300
Überflüssigkeit der Beweiserhebung .....	179	Verlesung .....	23
Überhaft .....	62	Verlesung des Anklagesatzes .....	177
Überwachung der Telekommunikation .....	116	Verlesung von Protokollen .....	182
Überwachungsmaßnahmen .....	114	Verletzter .....	50
U-Haft .....	19, 59, 62, 69		
Umfang des Verschlechterungsverbots .....	277		

Vernehmung der früheren Verhörsperson .....	187, 190, 194	Vorführungsbefehl gegen Zeugen .....	82
Vernehmung der polizeilichen Kontaktperson .....	208	Vorhalte aus Vernehmungsprotokollen .....	183
Vernehmung des Angeklagten zur Person ....	177	Vorladung .....	81
Vernehmung einer Beweisperson .....	182	Vorläufige Einstellung .....	162, 175
Vernehmungähnliche Situation .....	200, 221	Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis .....	111
Vernehmungshindernis .....	187	Vorläufige Festnahme .....	71
Verrufene Häuser .....	140	Vorläufige Festnahme gemäß § 127 .....	71
Verschlechterungsverbot .....	249, 253, 277	Vorläufige Festnahme gemäß § 127 b Abs. 1 ....	79
Verschleppungsabsicht .....	179	Vorverfahren .....	309
Verschulden aus der anwaltlichen Sphäre ....	261	<b>Wahlverteidiger</b> .....	43
Versprechen unzulässiger Vorteile .....	210	Widerspruchslösung .....	217
Verstrickung .....	107	Wiederaufnahme des Verfahrens .....	262, 294
Verteidiger .....	42	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand .....	260
Vertrauenspersonen .....	198, 202	Wiederholungsgefahr .....	60, 151
Verwarnungsgeld .....	308, 311	<b>Zentralregister</b> .....	238, 298
Verweis auf Privatklageweg .....	161, 166	Zeuge .....	170, 208
Verwendung von Informationen .....	300	Zeuge vom	
Verwertungsverbot .....	139, 210	Hörensagen .....	181, 187, 190, 195, 208
Video-Aufnahmen .....	186	Zeugengrundsatz .....	102
Video-Konferenz .....	48, 186, 206	Zeugnisverweigerungsrecht .....	45, 195, 196, 218
Video-Konserve .....	186, 206	Zufallserkenntnis .....	123
Video-Vernehmung .....	206	Zufallsfunde .....	148
V-Leute .....	198, 202	Zurücknahme eines eingelegten Rechtsmittels .....	249
Vollstreckungsbehörde .....	30, 294	Zwang .....	210, 225
Vollstreckungshaftbefehl .....	54	Zwangsmittel .....	54
Vollstreckungsverfahren .....	4, 7	Zwangsweise Beobachtung .....	83
Vollzug der Untersuchungshaft .....	65	Zwecklosigkeit der Beweiserhebung .....	179
Vorführungsbefehl .....	81 f., 238, 296	Zwischenverfahren .....	5, 153, 175, 313
Vorführungsbefehl gegen Beschuldigten .....	81		